Süddeutsche Zeitung vom 25.09.2007

Roter Teppich für Rückkehrer

Mit großzügigen Förderprogrammen sollen deutsche Wissenschaftler wieder aus den USA abgeworben werden

Manchmal hängt der Lebensweg von lächerlichen Kleinigkeiten ab. Für Jens Netzer zum Beispiel könnten tausend Euro für ein Flugticket darüber entscheiden, ob er seine akademische Karriere an einer kalifornischen Universität fortsetzt oder nach Deutschland zurückkehrt. Dort hat sich der Sozialwissenschaftler auf eine Stelle als Juniorprofessor beworben. Doch falls er die Einladung zum Probevortrag bekommt, muss er sich ein Ticket nach Deutschland kaufen. Sein Stipendium gibt die Ausgabe eigentlich nicht her, und die einladende Universität bezahlt keinem der sechs oder acht Kandidaten die Anreise.

Mit dieser Frage ist Netzer zur Jahrestagung von Gain gekommen, dem Netzwerk deutscher Nachwuchsforscher in den USA (German Academic International Network). Etwa 220 von ihnen haben sich dazu am vergangenen Wochenende an der University of California in San Francisco versammelt. Als Netzer, dessen Name wegen der Vertraulichkeit des Berufungsverfahrens geändert worden ist, die Frage nach dem Ticket in einem Workshop stellt, herrscht zunächst Ratlosigkeit. Die Vertreterin seines Stipendiengebers, der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), weiß keine Antwort: „Eigentlich finanzieren wir Forschung. Aber so ein Vorsingen ist keine Forschung." Da meldet sich schräg hinter Netzer Margret Wintermantel zu Wort, die Vorsitzende der Hochschulrektoren-Konferenz von der Universität des Saarlandes: „Sprechen Sie mit dem Dekan. Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Hochschule eine Ausnahme macht, wenn sie wirklich an Ihnen interessiert ist." Netzer, und mit ihm drei Dutzend anderer Stipendiaten im Raum, wiegen skeptisch die Köpfe.

Margret Wintermantel ist nur eine der Top-Managerinnen der deutschen Wissenschaftsszene, die zu dem Treffen nach San Francisco gereist ist. DFG-Präsident Matthias Kleiner ist da, der Vizepräsident des Deutschen Akademischen Austauschdienstes, hohe Vertreter der Max-Planck- und Fraunhofer-Gesellschaften, der Helmholtz- und Leibniz-Gemeinschaften, der Vorsitzende der Kultusminister-Konferenz ebenso wie der Staatssekretär im Bildungsministerium. Sie alle betreiben an diesem Wochenende „Außen-Wissenschaftspolitik", wie es Georg Schütte, Generalsekretär der Alexander-von-Humboldt-Stiftung, nennt.

Seit etlichen Jahren haben die Gremien und Organisationen erkannt, dass Deutschland stetig einen Prozentsatz der brillantesten Forscher vor allem an die USA verliert. Sie kommen zu einem zunächst vielleicht nur zweijährigen Aufenthalt an eine Hochschule zwischen Boston und San Diego, und bleiben hängen. „Der Karriereweg ist hier einfach viel glatter, ist viel besser vorgezeichnet", sagt Maschinenbau-Ingenieur Pierre Mertiny, Professor an der Universität von Alberta im kanadischen Edmonton. Auch die Ausstattung von Laboren sei oft besser. „Warum sollte ich nach Deutschland zurückkehren?", fragt auch Ulrike Malmendier. Die Ökonomin bekommt gerade an der Universität Berkeley eine feste Professorenstelle. „In Deutschland muss ich mehr lehren, habe schlechtere Studenten, vielleicht Kollegen, die nichts mehr publizieren, aber trotzdem im Department die Entscheidungen treffen – und dann verdiene ich auch noch die Hälfte."

Mehr Geld als gefordert

So klingen viele der etwa 20 Prozent deutscher Stipendiaten, die später in Nordamerika bleiben. Der große Rest findet bei Rückkehr oft verkrustete Strukturen vor, die sofort Sehnsucht nach den Verhältnissen an der amerikanischen Gastgeber-Hochschule wecken. Doch die Politik hält dagegen: „Die Chancen für den wissenschaftlichen Nachwuchs in Deutschland sind so gut wie lange nicht mehr", sagt Jürgen Zöllner, der als Bildungssenator in Berlin zurzeit die Konferenz der Kultusminister leitet. Fast alle Redner wiederholen das und legen den Zuhörern im Saal Details über eine fast unüberschaubare Zahl von Förderprogrammen vor. Die Hürden seien wesentlich geringer als früher, die finanzielle Ausstattung großzügiger, heißt es oft. „In Deutschland bekommen Sie heute viel mehr Euro pro Seite jedes Antrags, den Sie stellen, als in anderen Ländern", sagt Achim Bachem, Vorstandsvorsitzender des Forschungszentrums Jülich. Als er abends beim Empfang eine junge Wissenschaftlerin aus seiner Heimatstadt trifft, die sich nach dem Rückkehrer-Programm erkundigt, posiert er gleich mit ihr und Staatssekretär Thomas Rachel zum Erinnerungsfoto.

Die Botschaft scheint anzukommen. Inzwischen hat sich Deutschland schließlich seinen Widerwillen gegen die Beschäftigung mit einer wissenschaftlichen Elite aufgegeben und bei der Exzellenz-Initiative mit einem Mythos gebrochen: dass im Prinzip die Ausbildung in jeder Universität zwischen Oldenburg und Passau gleichwertig sei. Zudem habe die Politik insgesamt sechs Milliarden Euro „frisches Geld" bereitgestellt, sagt Thomas Rachel. Davon sollen im Lauf der kommenden Jahre etwa 10 000 neue Stellen für Forscher geschaffen werden. Die DFG hat zudem bereits damit begonnen, Antragstellern 20 Prozent mehr Geld zu geben, als diese erbitten. Die Mittel sind nicht an Bedingungen geknüpft; damit kann die Hochschule zum Beispiel die Infrastrukturkosten decken, die bisher nicht beantragt werden konnten. „Oder auch mal ein Gehalt leistungsgerecht aufstocken", ergänzt DFG-Chef Matthias Kleiner.

Dennoch bleiben viele der so umworbenen Jung-Forscher skeptisch. Besonders das Ausmaß der Lehrverpflichtung bedrückt sie. „Sie überlasten uns mit neun Wochenstunden pro Semester und erwarten trotzdem noch Exzellenz in der Forschung. Hier hätten wir nur vier zu geben", lautet ein typischer Einwand. Doch dem Literaturwissenschaftler, der das im Plenum sagt, fährt Jürgen Schölmerich, Klinikdirektor in Regensburg und Vizepräsident der DFG, über den Mund. „Sie sollten es als Privileg empfinden, neun statt vier geben zu dürfen. Wenn ihnen die Lehre keinen Spaß macht, dann haben Sie an einer deutschen Hochschule vielleicht auch nichts zu suchen." Etwas konzilianter zeigt sich Margaret Wintermantel, die allerdings einräumt: „Bei der Lehrverpflichtung können wir mit amerikanischen Spitzen-Universitäten nicht konkurrieren."

Als weiteres Problem sehen die Nachwuchskräfte die berufliche Sicherheit. Viele von ihnen preisen das amerikanische Tenure-Track-System. „Tenure" heißt so etwas wie „Festanstellung"; Hochschulen in den USA und Kanada stellen junge Wissenschaftler für fünf oder sechs Jahre als „Assistant Professor" ein mit der Zusage, dass ihre Stelle entfristet wird, wenn sie sich bewähren.

Ähnliche Zusagen verstoßen in Deutschland oft gegen die Hochschulgesetze und womöglich sogar gegen die Verfassung. Laut Artikel 33, Absatz 2, muss jeder Deutsche nach seiner Qualifikation Zugang zu jedem öffentlichen Amt haben. Offenbar legen das Juristen so aus, dass eine Professur nicht ohne öffentliche Ausschreibung vergeben werden darf. Doch offenbar bewegt sich die Politik: „Jahrelang gab es auf dieser Tagung den Refrain: ‚Tenure-Track', und der kam immer aus dem Publikum", sagt der Mitorganisator Ulrich Grothus vom Deutschen Akademischen Austauschdienst. „Diesmal gab es wieder den Refrain, aber diesmal kam er vom Podium."

„Endlich tun sie etwas"

Auch an vielen anderen Punkten sei

das deutsche Wissenschaftssystem in Bewegung gekommen, erklären die angereisten Manager den Nachwuchsforschern. Viele Hochschulen versuchen inzwischen Fragen nach Betreuungsplätzen für Kinder, der Gleichstellung der Frauen oder einem adäquaten Job für den mitanreisenden Ehepartner zu beantworten – und ziehen damit den Angeboten amerikanischer Universitäten nach. „Endlich tun sie etwas", entfährt es daher beim Frühstück einer Mathematikerin, die für ihre Doktorarbeit nach Austin in Texas gegangen ist.

Darum warnt Staatssekretär Thomas Rachel auch weniger vor dem „Brain Drain", er preist die „Brain Circulation" – nicht die Abwanderung, sondern der Austausch von geistigen Potential präge die Situation. Und ganz am Ende sagt er schließlich noch: „Auslandsaufenthalte an sich sind kein Problem, sondern eine Chance für den Einzelnen und die Gesellschaft." Das hatte so simpel vorher keiner der Wissenschaftsmanager ausgesprochen. CHRISTOPHER SCHRADER

Eine erweiterte Fassung dieses Artikels steht unter sueddeutsche.de/gain